

N i e d e r s c h r i f t

über die 4. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses
am 28.02.2005 im Großen Sitzungssaal des Neuen Rathauses

Unter Vorsitz von Bürgermeister Heinrich Stommel bis 15.30 Uhr und ab 15.30 Uhr unter
Vorsitz des stellvertretenden Ausschussvorsitzenden Peter Capellmann nehmen folgende
Ausschussmitglieder an der Sitzung teil:

Anhalt, Wolfgang,	Ratsmitglied
Capellmann, Peter,	Ratsmitglied
Doose, Friederike,	Ratsmitglied
Eschweiler, Markus,	Ratsmitglied
Esser-Faber, Margarete,	Ratsmitglied
Frey, Heinz,	Ratsmitglied
Friedrich, Egbert,	Ratsmitglied Abwesend
Garding, Harald,	Ratsmitglied 12:00 - 17:00 Uhr
Gruben, Martina,	Ratsmitglied Abwesend
Gunia, Wolfgang,	Ratsmitglied
Gussen, Erich,	Ratsmitglied Abwesend
Hintzen, Ulrich,	Ratsmitglied
Hoven, Matthias,	Ratsmitglied
Kieven, Ansgar,	Ratsmitglied
Lambertin, Servatius,	Ratsmitglied
Laufs, Jürgen,	Ratsmitglied
Müller, Heinz,	Ratsmitglied
Neuenhoff, Claus Hinrich,	Ratsmitglied
Schmitz, Peter,	Ratsmitglied
Dr. Schumacher, Helmut,	Ratsmitglied
Trzolek, Detlef,	Ratsmitglied 14.00 bis 17.00 Uhr
Borowski, Helma,	Ratsmitglied, Vertreterin für Martina Gruben 14:00 - 17:00 Uhr
Cremerius, Winfried,	Ratsmitglied, Vertreter für Erich Gussen 09:00 - 16:45 Uhr
Köhne, Franz-Josef,	Ratsmitglied, Vertreter für Martina Gruben 09:00 - 12:00 Uhr
Marquardt, Martin, und bis	Ratsmitglied, Vertreter für Harald Garding bis 12.00 Uhr 12.30 Uhr für Martina Gruben
Plum, Wilhelm,	Ratsmitglied, Vertreter für Detlef Trzolek 11:00 - 12:30 Uhr
Sauer, Karl,	Ratsmitglied, Vertreter für Egbert Friedrich
Schaaf, Heinz,	Ratsmitglied, Vertreter für Detlef Trzolek 09:00 - 11:00 Uhr

Von der Verwaltung nehmen an der Sitzung teil:

Schulz, Martin	Beigeordneter
Prömpers, Andreas	Kämmerer
Kohnen, Karl-Josef	Stellv. Amtsleiter Kämmerei
Vogel, Günter	Amtsleiter VHS und stellv. Dezernent, zu TOP 4
Heuter, Leo	Amtsleiter Hochbauamt, zu TOP 5.1
Muckel, Frank	Schriftführer

Bürgermeister Stommel eröffnet gegen 09:00 Uhr die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass die Einladung zu dieser Sitzung fristgerecht zugegangen und der Haupt- und Finanzausschuss beschlussfähig ist.

Änderungen der Tagesordnung ergeben sich nicht.

Die Tagesordnung stellt sich wie folgt dar:

Tagesordnung:

- A. Öffentlicher Teil
 - 1. Mitteilungen des Bürgermeisters und Bericht über die Durchführung der Beschlüsse
 - 1.1. Verlegung des September-Termins der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses
 - 2. Anfragen
 - 3. Übertragung des Freibades an die Stadtwerke
 - 4. Antrag der Fraktionen von CDU, F.D.P., SPD, JÜL und Bündnis 90/GRÜNE vom 14.02.2005 zum Betrieb der städtischen Bücherei
 - 5. Über- und außerplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln
 - 5.1. Bereitstellung von Mitteln im Vorgriff auf den Haushalt 2005
Brandschutz und E-Sanierung Gymnasium Westgebäude
Planungsleistungen Brandschutz Schulzentrum
 - 6. Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2005
- B. Nichtöffentlicher Teil

A. Öffentlicher Teil

- 1. Mitteilungen des Bürgermeisters und Bericht über die Durchführung der Beschlüsse
 - 1.1. Verlegung des September-Termins der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses
Bürgermeister Stommel erläutert, dass die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 22. September 2005 auf den 15. September 2005 vorverlegt werden müsse. Ein neuer Termin für die Sitzung des Ausschusses für Jugend, Familie, Schule und Sport müsse dann noch mit dem Ausschussvorsitzenden abgesprochen werden.
- 2. Anfragen
Bürgermeister Stommel erklärt, dass Anfragen für den öffentlichen Teil der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses nicht vorliegen.

3. Übertragung des Freibades an die Stadtwerke
(Vorlagen-Nr.: 58/2005)

Stadtverordneter Köhne beantragt, die Bäderkommission entgegen dem Beschluss des Ausschusses für Jugend, Familie, Schule und Sport vom 24.02.2005 wieder mit in den Entscheidungsprozess einzubinden, da auf die gebündelte Fachkompetenz in der Kommission nicht verzichtet werden sollte.

Beschlussentwurf:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

1. Das Freibad der Stadt Jülich wird an die Stadtwerke GmbH Jülich übertragen.
2. Der Stadtrat empfiehlt dem Aufsichtsrat der Stadtwerke, den Geschäftsführer zu beauftragen, die für den Neubau eines Nichtschwimmerbeckens und für weitere notwendige Baumaßnahmen erforderlichen Schritte einzuleiten.
3. Die Bäderkommission sowie der Ausschuss für Jugend, Familie, Schule und Sport sind bei wichtigen Entscheidungen hinsichtlich der Planung zu beteiligen.

4. Antrag der Fraktionen von CDU, F.D.P., SPD, JÜL und Bündnis 90/GRÜNE vom 14.02.2005 zum Betrieb der städtischen Bücherei
(Vorlagen-Nr.: 82/2005)

Seitens der Fraktionen wird folgender Antrag gestellt:

„Der Betrieb der städtischen Bücherei wird auf dem Stand von 2004 mit 22 Wochenstunden Öffnungszeit gehalten. Die dafür notwendigen Bedingungen beim Personalstand werden hergestellt.“

Nach ausgiebiger Beratung des Tagesordnungspunktes herrscht im Haupt- und Finanzausschuss Einvernehmen darüber, eine Entscheidung in der Angelegenheit im Rahmen der Beratung des Haushalts für das Haushaltsjahr 2005 zu fassen.

5. Über- und außerplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln

5.1. Bereitstellung von Mitteln im Vorgriff auf den Haushalt 2005
Brandschutz und E-Sanierung Gymnasium Westgebäude
Planungsleistungen Brandschutz Schulzentrum
(Vorlagen-Nr.: 73/2005)

Stadtverordneter Anhalt kündigt an, dass seitens der SPD-Stadtratsfraktion im Rahmen der Haushaltsberatungen ein Antrag für die Einrichtung einer zusätzlichen Stelle im Hochbauamt gestellt werde, da die Maßnahmen über mehrere Jahre gestreckt und hier immer begleitende Planungen erforderlich seien.

Beigeordneter Schulz erläutert, dass die Aufgabenstellung sehr komplex sei und verschiedene Ingenieur-Verträge hier abgeschlossen werden sollen. Eine Fachkraft müsste eingearbeitet werden, was jedoch aus zeitlichen Gründen nicht möglich ist. Die Anregung werde aber aufgegriffen und es werde geprüft, wie Leistungen im Hause aufgefangen werden können.

Die Beschlussfassung über den Antrag wird zunächst zurückgestellt.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Für den Brandschutz Westgebäude Gymnasium ist ein Betrag in Höhe von 270.000,00 € und für die Planungsleistungen Brandschutz Schulzentrum ein Betrag in Höhe von 150.000,00 € im Vorgriff auf den Haushalt 2005 bereitzustellen. Die Deckung erfolgt im Rahmen des Haushaltes 2005.

6. Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2005

HHSt. 1.0200.54300 – Bewirtschaftungskosten Verwaltungsgebäude (Seite 24)

Stadtverordneter Neuenhoff bittet um Auskunft, warum die Bewirtschaftungskosten bei dieser Haushaltsstelle von 3.200 € auf 1.420 € sinken.

HHSt. 1.1100.51000 – Sicherung Natur- und Landschaftsschutz Baggersee Barmen (Seite 90)

Stadtverordneter Frey gibt zu bedenken, dass das Freibad in diesem Jahr nicht genutzt werden kann. Aus diesem Grund sei ein Zuwachs den Badebesuchern zu erwarten. Er bittet um Auskunft, was mit den veranschlagten 300 € gemacht wird und gibt zu bedenken, ob nicht angesichts der Schließung des Freibades hier mehr eingesetzt werden muss.

HHSt. 1.1200.63001 – Umweltbeirat (Seite 100)

Stadtverordneter Frey führt aus, dass der Umweltbeirat wieder seine Arbeit aufgenommen hat. Er beantragt aus diesem Grund, im Haushalt wieder Mittel für die Arbeit des Umweltbeirates einzusetzen.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Bei der HHSt. 1.1200.63001 – Umweltbeirat – wird ein Betrag in Höhe von 500 € im Haushalt eingesetzt.

HHSt. 1.1600.58001 – Beschaffung von medizinischem Verbrauchsmaterial (Seite 112)

Stadtverordneter Anhalt bittet um Mitteilung, warum der Ansatz bei dieser Haushaltsstelle gegenüber dem Planungsansatz von 45.900 € um 24.100 € auf nunmehr 70.000 € angehoben wird.

HHSt. 1.2000.41600 – Betreuungskosten Investitionstechnologie an Schulen (Seite 118)

Stadtverordneter Anhalt bemerkt, dass die Reduzierung des Ansatzes von 125.000 € auf 100.000 € jetzt und für die Folgejahre jeweils 1/5 des Planansatzes ausmacht. Er bittet hierfür um Erklärung.

Stadtverordneter Laufs bittet bei dieser Gelegenheit um Auskunft nach der Fortschreibung des Medienkonzepts.

Stadtverordneter Anhalt stellt die Frage nach dem Sachstand bei der Dachsanierung der kleinen Sporthalle.

Beigeordneter Schulz sagt zu, den Angelegenheiten nachzugehen.

Stadtverordneter Neuenhoff führt aus, dass die Hausmeister von ihrer 8-stündigen Beschäftigung 1,5 Stunden in ihrem Kiosk verbringen und bittet um Auskunft, wie das mit ihren Aufgaben zu vereinbaren sei.

Stadtverordneter Marquardt erbittet eine Übersicht über die Obliegenheiten der

Hausmeister, worin die Rechte und Pflichten dargestellt sind.

Bürgermeister Stommel führt aus, dass die Hausmeister auch Betreuungsfunktionen wahrnehmen. Er schlägt vor die Angelegenheit auf die Tagesordnung des zuständigen Fachausschusses zu nehmen und dann hierüber zu berichten.

Stadtverordneter Capellmann bittet um Auskunft nach dem Sachstand der Budgetierung an den Schulen, da beispielsweise im Bereich der Portokosten bei den Grundschulen die Ansätze weit auseinander liegen. Er bittet, weiter in Richtung der Budgetierung hinzuarbeiten.

Stadtverordnete Esser-Faber bittet hierbei das Thema „Selbständige Schulen“ mit zu berücksichtigen.

HHSt. 1.2300.52200 – Ergänzung und Unterhaltung von Sportgeräten in Sporthallen (Seite 154)

Stadtverordneter Neuenhoff bemerkt, dass der Ausgabeansatz gegenüber dem Planansatz von 1.550 € um 7.930 € auf insgesamt 9.480 € angehoben werden soll. Er bittet um Auskunft, warum hier eine solche Erhöhung notwendig wird. Es ginge ja nicht, dass die Firma, die neue Sportgeräte liefert auch über die Erhaltung von bereits bestehenden Sportgeräten entscheidet.

Stadtverordneter Marquardt regt an, zukünftig bei der Überprüfung von Sportgeräten auf Sachverständige des Landessportbundes zurückzugreifen.

Stadtverordnete Esser-Faber bittet, die vorgenannten Überlegungen auch bei den Kinderspielplätzen anzustellen

HHSt. 1.2330.71800 – Zuschuss zu den laufenden Ausgaben an das Gymnasium Haus Overbach (Seite 160)

Stadtverordneter Frey führt aus, dass das Gymnasium Haus Overbach einen Zuschuss aus dem städtischen Haushalt erhält. Im Gegenzug sollte es möglich sein, dass die Sportstätten von Haus Overbach dann auch von Vereinen genutzt werden dürfen.

Bürgermeister Stommel sagt zu, diesbezüglich an Haus Overbach heranzutreten.

UA 3210 – Stadtarchiv (Seite 172)

Seitens der CDU- und der FDP-Stadtratsfraktion wird beantragt, den Raum von ehemals Jülich Info dem Stadtarchiv zur Verfügung zu stellen. Seitens des Archivars konnte erreicht werden, dass für das Archiv kostenlos Regale zur Verfügung gestellt werden. Damit könnten die Bestände, die sich derzeit im Alten Rathaus befinden, auch ins Kulturhaus überführt werden. Dies wäre auch organisatorisch für den Archivar eine Verbesserung. Es stelle sich nur die Frage, ob Umbauarbeiten erforderlich werden.

Bürgermeister Stommel sagt zu, der Frage der Statik des Raumes und der Frage nach einer möglichen Rückzahlung von Fördermitteln nachzugehen.

HHSt. 1.3210.65200 – Fernmeldegebühren (Seite 174)

Auf die Nachfrage, warum die Fernmeldegebühren beim Stadtarchiv von 390 € um 350 € auf nunmehr 40 € sinken erläutert Kämmerer Prömpers, dass hier die tatsächlichen Kosten, die von der Telefonanlage ermittelt werden, berücksichtigt werden.

Stadtverordneter Marquardt bittet bei dieser Gelegenheit um Auskunft, ob es möglich ist, auch andere Anbieter als die Telekom einzuschalten.

Bürgermeister Stommel erläutert hierzu, dass sich die Kommunen kreisweit zusammengeschlossen haben, um günstige Tarife zu erzielen. Er sagt zu, der Anregung von Stadtverordneten Marquardt nachzugehen.

HHSt. 1.3216 – Baudenkmal und Museum Zitadelle (Seite 180)

Stadtverordneter Frey bemerkt, dass die Leistungsverrechnung für den Bauhof hier 35.000 € beträgt. Er bittet um Auskunft, warum der Bauhof hier nicht in weitere Arbeiten einbezogen wird.

Beigeordneter Schulz führt hierzu aus, dass bestimmte Leistungen vom Bauhof auf Grund von Sicherheitsbestimmungen nicht erbracht werden können, da dem Bauhof die erforderlichen Geräte fehlen.

Stadtverordneter Frey regt an, die erforderlichen Geräte anzuschaffen, damit die Leistung des Bauhofes in der Zitadelle erhöht werden kann.

HHSt. 1.3330.11000 – Schulgeld Musikschule (Seite 186)

Stadtverordneter Neuenhoff bittet um Auskunft, ob die Reduzierung um 10.000 € bedeutet, dass auf die Erhöhung des Schulgeldes verzichtet wird.

Kämmerer Prömpers führt hierzu aus, dass eine Projektgruppe gebildet sei, die als Aufgabe habe, den Zuschuss in 2007 auf 200.000 € festzuschreiben zu können. Der Arbeit der Projektgruppe sollte jetzt nicht vorgegriffen werden.

Stadtverordneter Anhalt bemerkt, dass bereits jetzt die Warteliste für Unterrichtsplätze gleich Null ist und auch bestehende Lehrverhältnisse aufgegeben worden sind, weil das Schulgeld zu hoch ist. Seitens der SPD wird deshalb wiederholt der Antrag gestellt, das Schulgeld in der jetzigen Höhe „einzufrieren“.

Stadtverordneter Gunia führt aus, dass wenn so weitergewirtschaftet werde, die Musikschule nach 2007 geschlossen werden müsse. Es sei deshalb wichtig ein Warnsignal zu geben, dass Einsparmöglichkeiten vorgegeben werden müssen. Dies sei bisher noch nicht in ausreichendem Maße geschehen.

Bürgermeister Stommel erläutert, dass seitens der Musikschule die Aussage besteht, dass die 10.000 € im Musikschuletat aufgefangen werden können. Für das nächste Schuljahr müsse rechtzeitig im Fachausschuss über die Musikschulentgelte beraten und die Weichen gestellt werden.

UA: 3500 – Volkshochschule (Seite 190)

Stadtverordneter Gunia bittet, dass seitens der VHS-Leitung in einer der nächsten Sitzungen des Fachausschusses dargelegt wird, zu welchen Kursen die VHS verpflichtet ist und was darüber hinaus angeboten wird. Der Zuschussbedarf in Höhe von 211.000 € müsse gesenkt werden. Hier müsse rechtzeitig entgegengesteuert werden.

HHSt. 1.3500.54910 – Elektronikversicherung (Seite 192)

Stadtverordneter Dr. Schumacher bittet um Auskunft, ob die Elektronikversicherung bisher schon einmal in Anspruch genommen worden ist.

Bürgermeister Stommel sagt entsprechende Information zu.

HHSt. 1.3660.67910 – Leistungsverrechnung Bauhof (Seite 204)

Stadtverordneter Frey bittet um Auskunft, welche Arbeiten hier vom Bauhof noch ausgeführt werden.

HHSt. 1.0420.63001 – Ausgaben für das Jugendparlament (Seite 214)

Stadtverordneter Hintzen bemerkt, dass der Ansatz von 1.500 € auf 2.500 € erhöht werden soll. Diese Erhöhung könne er nicht verstehen, da die Mittel im vergangenen Jahr erst nach entsprechender Aufforderung verausgabt wurden.

Bürgermeister Stommel sagt zu, der Angelegenheit nachzugehen.

HHSt. 1.4200.16100 – Betreuungspauschale für asylbegehrende Ausländer (Seite 222)

Stadtverordneter Anhalt führt aus, dass bisher hier 16.000 € veranschlagt waren und nunmehr nach der Aufteilung auf zwei Haushaltsstellen insgesamt nur ca. 12.000 €. Er bittet hier um Erläuterung

Bürgermeister Stommel sagt zu, die Angelegenheit aufzugreifen.

HHSt. 1.4210.79002 – Kosten der Unterkunft, Heizung (Seite 224)

Stadtverordnete Esser-Faber bemerkt, dass bei dieser Haushaltsstelle ein Ansatz von 250.000 € eingesetzt ist. Sie bittet um Auskunft, ob die Unterkunftskosten wirklich so hoch sind.

Bürgermeister Stommel sagt zu, der Angelegenheit nachzugehen.

HHSt. 1.4370.65400 – Fahrtkostenerstattung für Hausmeister (Seite 241)

Stadtverordnete Doose regt an, die Angelegenheit Fahrtkostenerstattung für Hausmeister in der nächsten Sitzung des zuständigen Fachausschusses zu beraten.

HHSt. 1.4600.71803 – Betriebskostenzuschuss Elterninitiative Villa Kunterbunt (Seite 244)

Stadtverordnete Doose bittet um Auskunft, warum der Zuschuss hier auf Null gesetzt werde.

Stellv. Kämmereileiter Kohnen erläutert, dass der Ansatz bei HHSt. 1.4649.71803 in Höhe von 9.000 € vorgesehen ist.

Bürgermeister Stommel bemerkt ergänzend, dass die Reduzierung des Ansatzes von 13.000 € auf 9.000 € noch zu klären sei.

HHSt. 1.4600.71802 – Zuschuss Sozialdienst Kath. Frauen (Seite 244)

Stadtverordneter Capellmann führt aus, dass der Haushaltsansatz um 1.800 € für die Miete erhöht werden soll. Die Miete wurde bisher aus der HHSt. Kleine Maßnahmen der Sozialplanung gezahlt. Dort wird eine entsprechende Reduzierung aber nicht vorgenommen. Er bittet hier um Erläuterung.

UA: 4602: - Städtisches Jugendheim (Seite 252)

Stadtverordneter Gunia bemerkt, dass es ein Schreiben des Kreises Düren gebe, dass die Stelle des städtischen Jugendarbeiters unabhängig vom Standort ist und vom Kreis finanziert wird; auch wenn er in die aufsuchende Jugendarbeit geht. Er bittet, dieses Schreiben den Fraktionen zur Verfügung zu stellen.

Bürgermeister Stommel sagt Erledigung zu.

UA: 4640 – Kindergarten Bertastraße (Seite 254)

Stadtverordneter Anhalt führt zum Thema Jahrespraktikantinnen aus, dass die Arbeiten, die zuletzt im Neuen Rathaus ausgestellt worden sind, nur möglich waren,

weil wegen der Jahrespraktikantinnen Leistungen zusätzlich zur normalen Betreuung erbracht werden konnten. Seitens der SPD-Stadtratsfraktion werde aus diesem Grund noch der Antrag gestellt, Jahrespraktikantinnen einzustellen.

HHSt. 1.4642.11000 – Erstattung Beförderungskosten (Seite 262)

Stadtverordneter Hintzen bittet um Auskunft, warum bei den Beförderungskosten nur 7.000 € erstattet werden, wobei 9.500 € als Ausgabe veranschlagt sind.

Bürgermeister Stommel sagt zu, dem nachzugehen.

HHSt. Vergütung Angestellte (Seite 262)

Stadtverordneter Anhalt bemerkt, dass die Ansätze bei der Vergütung für Angestellte und bei dem Beitrag zur Sozialversicherung sinken und der Ansatz beim Beitrag für die Zusatzversorgungskasse sich erhöht. Er bittet hier um

Erläuterung.
Bürgermeister Stommel sagt entsprechende Information zu.

UA: 4649 – Kindergärten freier Träger (Seite 278)

Stadtverordneter Frey bemerkt, dass seitens des Bistums erhebliche Kürzungen im Bereich der Kindergärten angekündigt sind und sogar schon von Schließungen die Rede gewesen sei. Er bittet um Auskunft, ob hier schon Gespräche mit dem Bistum geführt wurden.

Bürgermeister Stommel erläutert, dass hier Gespräche für Mitte März vereinbart seien. Danach werde über das Ergebnis berichtet.

UA: 4649 – Spielgruppe Barmen

Stadtverordneter Frey führt aus, dass der Kreis die Betriebskosten rückfinanzieren würde. Er schlägt deshalb vor, eine Einnahmeposition zu schaffen, die die Miete beinhaltet. Im Gegenzug müsste dann eine Ausgabe als Betriebskostenzuschuss an die Spielgruppe eingestellt werden.

Bürgermeister Stommel erläutert, dass hier noch Sachfragen geklärt werden müssen. Die Angelegenheit werde aber seitens der Verwaltung so weiter verfolgt.

HHSt. 1.5600.14000 – Miete Wohnung Stadion (Seite 288)

Im Rahmen der Beratung wird die Frage gestellt, wie groß die Wohnungen hier sind und welche Miete erhoben wird. Weiterhin wird gefragt, ob eine Anpassung an den Marktpreis erfolgt ist.

HHSt. 1.5600.53000 – Miete Turnhalle Kurfürstenstraße (Seite 288)

Stadtverordneter Hintzen bemerkt, dass für die Anmietung der Halle 4.800 € im Haushalt veranschlagt seien. Er bittet um Auskunft, wer die Halle nutzt und ob nicht anstelle der Anmietung städtische Hallen genutzt werden können.

HHSt. 1.5600.54001 – Sonstige Bewirtschaftungskosten Sportheime und Sportplätze (Seite 288)

Stadtverordneter Lambertin bittet um Auskunft, welche Ausgaben unter „sonstige Bewirtschaftungskosten“ zusammengefasst sind.

HHSt. 1.5900.71500 – Betriebskostenzuschuss an die Brückenkopf-Park Jülich GmbH (Seite 302)

Stadtverordneter Gunia bittet um Aufschlüsselung des Zuschussbetrages nach den Kosten für den Zoo und für die Pflege des Denkmals.

HHSt. 1.6200.16100 – Verwaltungskostenbeitrag für die Kontrolle der Fehlbelegerabgabe (Seite 326)

Stadtverordneter Neuenhoff bittet um Auskunft, warum der Ansatz bei dieser Haushaltstelle von 17.000 € auf 8.000 € gesenkt werden soll.

HHSt. 1.6300.10000 – Anerkennungsgebühren (Seite 328)

Stadtverordneter Anhalt bittet um Auskunft, was sich hinter den Anerkennungsgebühren verbirgt und wer diese wofür zahlt.

HHSt. 1.6300.51002 – Sanierung Südbrücke Zitadelle (Seite 328)

Stadtverordneter Frey regt an zu prüfen, ob die Maßnahme dringend erforderlich ist, oder ob sie bis nach 2007 geschoben werden kann.

Bürgermeister Stommel verlässt an dieser Stelle auf Grund einer Terminüberschneidung die Sitzung.

Stadtverordneter Capellmann übernimmt als stellvertretender Ausschussvorsitzender die Sitzungsleitung.

HHSt. 1.6310.50070 – Unterhaltung der Wartehallen (Seite 332)

Stadtverordneter Neuenhoff bittet um Auskunft, ob über die Möglichkeit der Werbung an Wartehallen nachgedacht worden ist.

Beigeordneter Schulz sagt zu, in der Angelegenheit zu berichten.

Stadtverordneter Capellmann regt an, die Rückseite von Parkscheinen mit Werbung zu bedrucken.

HHSt. 1.6800.65000 – Allgemeine bauliche Unterhaltung Tiefgarage (Seite 338)

Stadtverordneter Neuenhoff regt an, mit den veranschlagten 15.000 € den Abgang an der Düsseldorfer Straße und die im 2. Tiefgeschoss über einem Parkplatz herunterhängenden Kabel in Ordnung zu bringen sowie die auf dem Parkdeck fehlenden Drainageabdeckungen zu ersetzen.

Stadtverordneter Gunia bemerkt bei dieser Gelegenheit, dass sich die Interessengemeinschaft Düsseldorfer Straße an ihn gewandt habe mit der Anregung, einen der Parkscheinautomaten, die in Höhe Baiierstraße stehen, an die Düsseldorfer Straße zu versetzen. Die Interessengemeinschaft erhoffe sich dadurch mehr Zulauf in der Düsseldorfer Straße.

HHSt. 1.6800.65810 – Kosten Abwicklung Kleingeldzahlung Parkhaus (Seite 338)

Im Rahmen der Beratung wird die Frage gestellt, ob es für die Kleingeldzahlung keine kostengünstigere Lösung gibt.

UA: 7200 – Abfallbeseitigung (Seite 362)

Stadtverordneter Neuenhoff regt an, sich an dem Pilotprojekt zu beteiligen, dass die Gelben Säcke in der Verbrennungsanlage mitverbrannt werden. Hierdurch könnte eine Reduzierung der Produktpreise erzielt und mehr Energie gewonnen werden.

HHSt. 1.7200.16400 – Erstattung der Kosten für Wertstoffberatung und Reinigung der Glascontainerstandorte (Seite 362)

Stadtverordneter Frey bemerkt, dass er die Auskunft bekommen habe, dass die Abfuhr des Altglases nicht erfolgt ist und hierdurch der Bauhof tätig werden musste. Er bittet hier um Klärung.

HHSt. 1.7600.14000 – Pacht für Plakatsäulen (Seite 378)

Stadtverordneter Frey regt an, an die Pächter der Plakatsäulen heranzutreten und diesen aufzugeben, die Plakatsäulen in einen ordentlichen Zustand zu versetzen.

HHSt. 1.7610.16200 – Erstattung von Betriebskosten durch den Kindergarten Broich (Seite 380)

Stadtverordneter Anhalt bittet um Auskunft, wofür der Kindergarten Broich hier eine Energiekostenerstattung bezahlt.

HHSt. 1.7610.16702 – Erstattung Betriebskosten Kulturbahnhof (Seite 380)

Stadtverordneter Anhalt bittet um Auskunft, warum die Betriebskosten nicht unmittelbar beim Kulturbahnhof verbucht werden.

HHSt. 1.7610.54001 – Bewirtschaftungskosten Mehrzweckhallen (Seite 380)

Stadtverordneter Frey bittet um Auskunft, warum der Ansatz bei dieser Haushaltsstelle von 80.000 € auf 95.000 € erhöht werden muss.

Kämmerer Prömpers sagt Klärung zu.

UA: 7610 – Heizkostenerstattung Jülich 10 (Seite 380)

Stadtverordneter Köhne bemerkt, dass nach seiner Auffassung hier eine Einnahmeposition für die Heizkostenerstattung von Jülich 10 fehle.

HHSt. 1.7613.54900 – Gebäudeversicherung Bürgerhalle (Seite 388)

Stadtverordneter Neuenhoff führt aus, dass die Gebäudeversicherung bei der Bürgerhalle Broich 3.850 € beträgt, während sie bei der Bürgerhalle Koslar nur 900 € beträgt. Er bittet um Klärung, warum der Beitrag bei der Bürgerhalle Broich so hoch ist.

UA 76: Bürgerhallen

Stadtverordneter Frey bemerkt, dass bei einigen Bürgerhallen zusätzliche Mittel für die Löhne für die Arbeiter angesetzt werden. Er bittet um Auskunft, warum diese Steigerungen hier notwendig werden.

HHSt. 1.7614.54000 – Bewirtschaftungskosten Bürgerhalle Güsten (Seite 390)

Stadtverordneter Neuenhoff bittet um Auskunft, warum der Ansatz nun wieder von 0 auf 12.500 € erhöht werden soll und warum dann in den Folgejahren wiederum kein Ansatz vorgesehen ist.

UA: 7617 – Schützenhalle Barmen (Seite 396)

Stadtverordneter Lambertin bittet um Prüfung, warum der Vertrag bezüglich der Schützenhalle Barmen nicht zu kündigen ist.

Einzelplan 9: Allgemeine Finanzwirtschaft

Stadtverordneter Frey bittet um Mitteilung des Sachstandes in der Angelegenheit „Rückzahlungsverpflichtung Schloss Kellenberg“.

Die Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung wird an dieser Stelle unterbrochen und in der nächsten Sitzung fortgesetzt.

Die seitens der Verwaltung in der anliegenden Änderungsliste aufgeführten Änderungen werden einvernehmlich angenommen.

B. Nichtöffentlicher Teil

Mit einem Wort des Dankes schließt Stadtverordneter Capellmann gegen 17:00 Uhr die Sitzung.